

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Marcel Rohrlack (München KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 50 bis 52 einfügen:

weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als demokratischen Staat und wie in der israelischen Unabhängigkeitserklärung beschrieben, nationale Heimstätte für das jüdische Volk zum Wohle aller seiner Bewohner*innen sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Wir bekennen uns zu der

Begründung

Wir möchten zur ursprünglichen Formulierung im Beschluss des Bundesvorstandes vom 02.09.2015 "Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?" zurückkehren. Israel ist der einzige Staat mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit und demokratisch, um als Reaktion auf den vernichtenden Antisemitismus in der Vergangenheit und heute ein sicherer Ort für Jüdinnen und Juden zu bleiben. Sein Erhalt als sichere Heimstätte für das jüdische Volk ergibt sich insbesondere als Verantwortung aus der deutschen Geschichte.

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Karsten Finke (Bochum KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Liam Harrold (Hannover RV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Sophie Harper (München KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Jonathan Thurow (Hildesheim KV)